

Sexualpolitische Dimorphismen

Populistischer Homozivilisationismus als rechtes Zukunftsprojekt

Marco Bitschnau*

Schlüsselwörter: LGBTQ*, Liberalismus, Rechtspopulismus, Homozivilisationismus, Homonationalismus, Sexualpolitik, Islam

Abstract: Der vorliegende Beitrag befasst sich mit sexualpolitischen Positionierungen innerhalb des europäischen Rechtspopulismus. Vor dem Hintergrund der beständig wachsenden Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Beziehungen und des zugleich immer stärker aufscheinenden Nutzwertes der Thematik für die Popularisierung und Legitimierung islamfeindlicher Diskursmuster stellt sich für Rechtspopulist*innen zunehmend die Frage, inwieweit strategische Haltungenwechsel in Fragen der Sexualpolitik eine erfolgversprechende Zukunftsperspektive darstellen. Ausgehend von einer näheren Betrachtung der rechtspopulistischen Positionsvarianz wird argumentiert, dass ein anti-islamisch grundierter *Homozivilisationismus* als Variation des in der Literatur gängigen nationalstaatszentrierten *Homonationalismus* in West- und Mitteleuropa bereits in Ansätzen vorhanden ist und künftig wohl noch stärker akzentuiert werden dürfte.

Abstract: This contribution provides an overview of different positions on sexual politics within European right-wing populism. Against the backdrop of a growing acceptance of same-sex relationships and in light of the opportunities that this development may offer for the popularization and legitimization of anti-Islam discourses, right-wing populists are increasingly facing a strategic crossroads: Should they retain their skeptical stance or could a more liberal approach pay off in the future? Exploring right-wing populist positions across Europe, I argue that a decidedly anti-Islamic *homocivilizationism* – as a variant of the nation-state centered *homonationalism* to be found in the literature – is a salient trend in Western and Central Europe and likely to become even more pronounced in the future.

Dass der Rechtspopulismus, der seit geraumer Zeit in den Demokratien Europas und Nordamerikas die Alarmsirenen schrillen und Feuilletons erbeben lässt, viele Facetten kennt, ist ein Umstand, der bisweilen in Vergessenheit geraten mag. Allzu häufig liegt der Fokus der öffentlichen wie auch der akademischen Aufmerksamkeit stattdessen auf der – durchaus problematisierbaren – Mélange aus Autoritarismus, Chauvinismus und Systemkritik, die rechtspopulistische Parteien und Bewegungen von Córdoba bis Kopenhagen zu einen scheint; nicht etwa im Sinne eines kleinsten gemeinsamen Nenners, sondern als durchgehendes und mithin konstitutives Strukturelement. Gelegentlich wird in diesem Zusammenhang sogar von einer *Populistischen Internationalen* oder, wenn man stattdessen den nationalistischen Aspekt

* Marco Bitschnau, Universität Neuenburg
Kontakt: marco.bitschnau@unine.ch

stärker herausstellen möchte, einer *Nationalistischen Internationalen* gesprochen.¹ Völker (*populi*), hört die Signale in leicht abgeänderter Form also?

Nicht unbedingt. Denn auch wenn die genannten Formeln eingängig scheinen und in aller Regel die gewünschten Bilder hervorzurufen vermögen, nämlich die einer festgefügt Einheitsfront oder eines Wurzelgeflechts, das das politische Erdreich des alten Kontinents durchzieht, so erweisen sie sich bei näherer Betrachtung doch als recht verkürzt. Zwar gibt es medial inszenierte Zusammenkünfte und paneuropäische Kooperationen von Rechtspopulist*innen aus Nord und Süd, doch darf dieses Zurschaustellen von Einmütigkeit im *Europa der Vaterländer* nicht über die große Varianz rechtspopulistischer Programmpunkte jenseits von *Bread-and-Butter*-Themen wie Immigration und Identität hinwegtäuschen. Es genügt vollauf, einen vergleichenden Blick auf die Wirtschafts- und Industriepolitiken europäischer Rechtspopulist*innen zu werfen, und schon stößt man auf ein Positionenspektrum, das so ziemlich jede denkbare Option zwischen quasi-sozialistisch² und marktradikal miteinschließt. Ähnliche Muster finden sich auch in der Außen-, Umwelt- oder der im Rahmen dieses Beitrags näher behandelten Sexualpolitik.

1. Sexualpolitische Offenheit als industriestaatlicher Trend

Unter Sexualpolitik können dabei zunächst alle Einzelpolitiken subsumiert werden, die sich mit der Sexualität der der Staatsmacht unterworfenen Subjekte befassen oder diese tangieren, unabhängig davon, ob es sich um Bürger*innen oder Nichtbürger*innen im staatsrechtlichen Sinne handelt. Sexualität ist dabei als biologische wie auch als soziale Kontur zu verstehen und Sexualpolitik folglich als Politikfeld, das die Biologie (Körperpolitik) wie auch die Sozialität (Gesellschaftspolitik) gleichermaßen berührt. In diesem Beitrag wird der Begriff freilich noch einmal enger gefasst, nämlich als politisches Maßnahmenbündel, das auf die sexuelle Identität abzielt und nicht auf die sexuelle Praktik. Nun könnte man einwenden, dass es für den genannten Sachverhalt doch spezifischere Begriffe gebe, die an dieser Stelle aber nur bedingt überzeugen können. So sind Queerpolitik und LGBTQ*-Politik zwar durchaus gängig, suggerieren aber ein progressives Gestaltungsversprechen und Emanzipationsbekenntnis, das sich nur schwer mit dem Sujet der folgenden Seiten vereinbaren ließe. Denn während ein Qualifizierungsausdruck wie *rechtspopulistische Sexualpolitik* ein weites Spektrum an Deutungsschemata eröffnet, insinuiert *rechtspopulistische Queerpolitik* gerade dort eine Form von Authentizität und aufrichtigem Bemühen um die Sache, wo von der Substanz losgelöstes politstrategisches Taktieren den mutmaßlich vorherrschenden Handlungsantrieb darstellt. Wenn auf den folgenden Seiten also von Sexualpolitik die Rede ist, dann immer in Bezug auf sexuelle Identität – konkret auf jene von der Norm abweichenden Identitäten, die politisch überhaupt erst bespiel- und kultivierbar gemacht werden können: Homosexualität, Bisexualität, Transidentität und andere.

Für die industrialisierte Welt im Allgemeinen und Europa im Besonderen fallen hier zwei distinkte Entwicklungsstränge ins Gewicht. Zum einen ist da der Umstand, dass sich die

1 Der Ausdruck ist gerade in der deutschsprachigen Presse durchaus verbreitet (vgl. bspw. Schaible 2017).

2 Man denke nur an den auf Autarkie, Protektionismus und einen gut ausgebauten Sozialstaat setzenden Rassemblement National (RN; ehemals Front National) in Frankreich.

rechtliche Gleichstellung sexueller Minderheiten in nicht einmal dreißig Jahren³ (also etwa einer Generation) vom exotischen Bürgerschreckthema zu einer Position gewandelt hat, die je nach Länderkontext zwischen vertretbar und konsentiert changiert. Zur besseren Einordnung der Geschwindigkeit dieses Paradigmenwechsels sei hier nur daran erinnert, dass gleichgeschlechtliche Paare noch zu Beginn des Millenniums in nur einem OECD-Staat – den Niederlanden – eine gültige Zivilehe eingehen konnten. Heute sind es derer bereits zwanzig, Tendenz steigend. Komplementiert und in vielen Fällen erst angestoßen wurde und wird dieser länderübergreifende politisch-rechtliche Siegeszug (vgl. Ayoub 2016; Hollar 2020; Kollmann 2013) von einem tiefgreifenden Einstellungswandel (für die USA: Schnabel/Sevell 2017; Twenge/Sherman/Wells 2016) in der Bewertung sexueller Vielfalt; zuletzt exemplarisch belegt durch eine Studie von Pew Research, einem Meinungsforschungsinstitut, das in unregelmäßigen Abständen Einstellungen zur Homosexualität in ausgewählten Staaten abfragt und einen kontinuierlich positiven Gesamttrend vermerkt (Poushter/Kent 2020). So erklärten im Juni 2020 ganze 72 Prozent der U.S.-Amerikaner*innen, gleichgeschlechtliche Liebe solle gesellschaftlich akzeptiert werden (2002: 51 Prozent), ferner 85 Prozent der Kanadier*innen (2002: 69 Prozent), 68 Prozent der Japaner*innen (2002: 54 Prozent) und immerhin 54 Prozent der Südafrikaner*innen (2002: 33 Prozent). Auch in Westeuropa wurden vielerorts Rekordwerte gemessen: Je 86 Prozent Zustimmung in Frankreich (2002: 77 Prozent) und dem Vereinigten Königreich (2002: 74 Prozent) sowie 92 Prozent in den Niederlanden (2002: nicht erhoben) sprechen eine klare Sprache zugunsten einer sich verfestigenden Werte- und Haltungsparellität zwischen Algarve und Burgenland, obschon Variablen wie Bildungsstand, Alter, Religiosität und Geschlecht auf das Fortbestehen konventioneller Vorbehalte hindeuten.⁴ Diese Fortschrittssynchronität in sexualpolitischen Fragen auf institutioneller wie attitudinaler Ebene: Das ist der erste Entwicklungsstrang.

2. Islam als rechtspopulistische Konvergenzthematik

Indes handelt es sich um einen Strang, der nicht überall in gleicher Form zu finden ist. Neben den bereits genannten soziodemographischen Faktoren ist es insbesondere die ideologische Selbstverortung, die Menschen häufig dazu prädisponiert, eine Expansion der Rechte sexu-

3 Zwar gab es in den Niederlanden schon seit den späten 1970ern erste Anerkennungsbestrebungen im Sinne einer Berücksichtigung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften in einzelnen Rechtsbereichen (*informal cohabitation*; seit 1979 etwa im Mietrecht), doch sollte es noch bis 1997 dauern, ehe dieses Stückwerk durch das Rechtsinstitut der eingetragenen Lebenspartnerschaft abgelöst wurde. Die maßgebliche Vorreiteration war hier Dänemark (1989), während die Niederländer*innen wiederum als Erste die Ehe öffneten (2000).

4 So gilt etwa, dass ein Mehr an Bildung grundsätzlich mit einer größeren Anerkennungstendenz korrespondiert. Dabei orientiert sich die von Pew Research gezogene Trennlinie zwischen *lower education* und *higher education* an der *International Standard Classification of Education* (ISCED) der Vereinten Nationen, wurde aber unter Berücksichtigung des geographisch-ökonomischen Kontextes leicht modifiziert. Im Fall der Staaten des globalen Südens (und der Ukraine) gilt bereits ein Sekundärabschluss als höhere Bildung, in den anderen Fällen ein Tertiärabschluss. Sowohl im einen (zum Beispiel Brasilien: 80 Prozent gegenüber 55 Prozent) wie auch im anderen Fall (zum Beispiel Griechenland: 72 Prozent gegenüber 42 Prozent) weisen die Bildungsunterschiede jedoch in die gleiche Richtung. Ähnlich verhält es sich auch mit den anderen Variablen, wobei Frauen sexueller Vielfalt eher aufgeschlossen gegenüberstehen als Männer und Jüngere eher als Ältere. Die Unterschiede sind zum Teil signifikant. So halten unter den 18 bis 29-jährigen Südkoreaner*innen 79 Prozent Homosexualität für akzeptabel, wohingegen es bei den Über-50-Jährigen nur 23 Prozent sind. Der höchste positive Einzelwert findet sich mit 96 Prozent unter schwedischen Frauen; unter jungen und gebildeten Schwedinnen dürfte er allerdings noch höher liegen und sich an eine im Wortsinn universale Akzeptanz annähern.

eller Minderheiten zu begrüßen oder abzulehnen. So vertritt traditionell vor allem die politische (und mithin auch die populistische) Rechte eine dezidiert ablehnend-feindselige Einstellung gegenüber entsprechenden Sichtbarkeits- und Gleichstellungsbestrebungen (vgl. u. a. Mayer et al. 2018). An Stelle von Gefühlen der Affirmation und Solidarität dominieren unter ihren Repräsentant*innen zumeist Vorstellungswelten, die um die Idealisierung der ‚bürgerlichen‘ Familienkonstellation aus Vater, Mutter und gemeinsamen biologischen Kindern als einigendes „Band der Gemeinschaft“ (Wildt 2017: 71) kreisen und davon abweichende Lebensmodelle – Alleinerziehende, unfruchtbare oder bewusst kinderfreie Paare, Schwule und Lesben – teils mitleidig, teils befremdet und teils konsterniert an die Ränder des Gesellschafts- und damit auch des Wertigkeitsbogens verweisen.

Überraschend ist das gerade in Hinblick auf die letztgenannte Gruppe kaum. Ein Rechtspopulismus, dessen Bestreben es ist, den Volkswillen und damit letztlich das Volk selbst ohne störende Ambiguität zu repräsentieren, tut sich schon dem Wesen nach mit pluralen Sexualitäten und gleichgeschlechtlichen Begehrensweisen schwer (vgl. Sauer 2017). Für ihn ist jedes Abweichen von naturalisierten und mit traditionellen Dominanzmustern unterlegten Geschlechterkompositionen ein Unruhemoment, das die symbolische Einheit des Volkes zu unterminieren droht und es in der Folge Dekadenz und Niedergang preisgibt. Insbesondere sexuelle Vielfalt wird dabei häufig in ein Gewebe aus symbolischen Bedrohungsbefürchtungen eingeflochten: Der als effeminiert dargestellte Schwule verkörpert Genussucht und fehlende Wehrhaftigkeit, die burschikose Lesbe die Unfähigkeit, den imaginierten Volks- und mittelbar auch Staatskörper in seiner organischen Beschaffenheit zu reproduzieren. Als „sexuelle Überläufer“ (Baudrillard 1992: 28) und normensprengende *gender bender* auftretende Trans*personen stellen gar die Vorherrschaft der kollektiven über die individuelle Disposition, das Primat des Äußeren (der Zuschreibung) über das Innere (die Identifikation) und somit die Abkehr von jedweder grundständigen Ordnung im Sinne einer sexuellen und sozialen Berechenbarkeit in Frage. Von allen Gruppen, die unter das Sammelakronym LGBTQ* fallen, konfliktiert ihre Existenz am stärksten mit der Essenz rechtspopulistischer Gesellschaftspostulate; schon aus diesem Grund erscheint es analytisch sinnvoll, sie gesondert zu betrachten und auf den folgenden Seiten bewusst auszuklammern.⁵

Führt man sich das populistische Unbehagen angesichts dieser Vielzahl vermeintlicher Abnormitäten vor Augen, so wird alsbald ersichtlich, dass dem rituellen Bekenntnis zu traditionellen Familien- und Geschlechterbildern eine mehrschichtige Bedeutung zukommt. Zuvörderst dient es dem Bestreben, binär strukturierte Sexualhierarchien zu reproduzieren⁶ und zu verhindern, dass die zu diesem Zweck genutzten Kategorienarrangements ein konzeptuelles Eigenleben entwickeln. Zugleich stützt es, da besagte Hierarchien als unter Beschuss stehend gedacht werden, aber auch den Imaginationsrahmen eines *Goldenen Zeitalters*, der sprichwörtlichen guten alten Zeit, die weniger einer temporalen als einer emotionalen Lokalisierung unterworfen ist. Vorwiegend emotional ist in der Konsequenz auch die Verknüpfung, die zwischen dem Eindeutigkeits- und Orientierungsverlust der Gegenwart und der imaginierten Ordnung der Vergangenheit hergestellt wird; da sie im Falle der Sexualpolitik ein alltagsnahes Sujet mit nur geringem Abstraktionsgrad berührt,⁷ fällt der postulierte Bruch dem

5 Tatsächlich sind rechtspopulistische Haltungslagen gegenüber Trans*personen weitaus weniger ambivalent als gegenüber Homo- und Bisexuellen und fast ausschließlich negativ (vgl. u. a. Spierings 2020).

6 Die Bedeutung dieser Binarität haben etwa Christopher Fritzsche und Julia Lang (2019) exemplarisch für die Debatte um die *Ehe für alle* festgestellt.

7 Alltagsnähe und Abstraktionsgrad beziehen sich hier auf die Fass- und Sichtbarkeit sexualpolitischer Politiken. Diese sind alltagsnah, denn sie berühren und regulieren lebensweltliche Alltagsthemen – von Heirat und Erbe bis

populismusgeneigten Elektorat umso mehr auf oder kann zumindest umso schlüssiger evoziert werden. Zuletzt fungieren Geschlecht und Sexualität aber auch als Diskursarenen, in denen identitäre Gegenpolitiken erprobt, ergänzt, verfeinert und zueinander in Beziehung gesetzt werden. Beide bilden Form und Inhalt nach nämlich hervorragende Trägerstrukturen „through which PRR parties can showcase the core elements of their ideology“⁸ (Spierings 2020: 52) und geben zugleich vor, was als *gesunder Menschenverstand* und damit gesellschaftsnormierend zu gelten hat. So bedeutend sind sie als Identitätsmarker und Orientierungspfeiler, dass Gabriele Dietze und Julia Roth gar zu dem Urteil gelangen, eine Obsession „with gender and sexuality in different areas“ (Dietze/Roth 2020: 7; vgl. auch Spierings 2020) gehöre zu den zentralen Gemeinsamkeiten rechtspopulistischer Gegenwartsakteur*innen.

Allein, es gibt eine diese Gewissheiten in Frage stellende Tendenz, die im Folgenden für die Sexualpolitik näher beleuchtet werden soll, für das erweiterte Feld der Geschlechterpolitik aber ebenfalls gilt: Die zunehmende rechtspopulistische Konvergenz in Sachen Islam, die ideologische Priorisierung des Kulturkampfes mit dem Islam als identitäres Großprojekt und das daraus erwachsende rechtspopulistische Selbstverständnis als Anti-Islam-Bewegungen mit Abendlandverteidigungsauftrag. In einem einflussreichen Artikel hat vor einiger Zeit Rogers Brubaker (2017) diese Fixierung mit einem regelrechten *civilizationist turn* in Verbindung gesetzt.⁹ Nicht länger, schreibt er, seien die diversen Nationalpopulismen des europäischen Kontinents ausschließlich auf den Abgott Nation zugeschnitten oder rückten diesen ins exklusive Zentrum ihrer politischen Erzählung.¹⁰ Stattdessen gehe es ihnen mehr und mehr um die zivilisatorische Auseinandersetzung mit eben jenem Islam, der in der rechtspopulistischen Geschichtsphilosophie den großen Kollektivantagonisten mimit; eine monolithisch gedachte Dauerbedrohung für die identitätsbildende Mythosstruktur Okzident. Keineswegs spirituell dürfe die islamische Lehre und Doktrin verstanden werden, sondern als politisch-militärischer Gestaltungsauftrag, der dazu auffordere, die Nichtgläubigen zu töten, *wo immer ihr sie findet* (wie es etwa im sogenannten Schwertvers heißt (Sure 9, Vers 5)). Dem Wesen nach handele es sich daher um eine protototalitäre Ideologie, die einen in direktem Gegensatz zu den europäischen Werteordnungen stehenden Herrschaftsanspruch proklamiere und in ihrer kultischen Praxis einzuschränken oder zu verbieten sei, wolle man diese Ordnungen auf Dauer erhalten. „Close all mosques and Islamic schools, ban the Koran“ (2016), lautet daher eine Hauptforderung der niederländischen Partij voor de Vrijheid (PVV) und auch die rechtspopulistische Neugründung Stram Kurs aus Dänemark tritt neben Zwangsdeportationen von als ethnisch fremd markierten Einwohner*innen für ein formales Islamverbot

zum politisierten Toilettengang (vgl. als Debattenbeitrag Davis 2018). Zugleich sind sie wenig abstrakt, denn diese Regulierung ist gerade im öffentlichen Raum gut wahrnehmbar. Ein schwules oder lesbisches Paar, das das Standesamt verlässt, ein *LGBTQ* Pride* mit tausenden Besucher*innen, eine Regenbogenfahne am Kirchturm: Alles sichtbare Symbole sexualpolitischer Offenheit, denen sich der populistische Blick kaum entziehen kann.

8 PRR (Populist Radical Right) ist ein Gattungskürzel für die rechtspopulistische Parteienfamilie Europas.

9 Vgl. für eine komparative Analyse rechtspopulistischer Programmatiken in Deutschland, Frankreich, Italien, Griechenland und den Niederlanden auf Grundlage dieses Ansatzes auch Kaya/Teemen 2019.

10 Brubaker spricht hier von einer Konvergenz der nord- und westeuropäischen populistischen Strömungen, von der er nur zwei Fälle namentlich ausnimmt: Zum einen das Vereinigte Königreich mit der im Windschatten der Konservativen reüssierenden United Kingdom Independence Party (UKIP), für die jede ablehnende Haltung gegenüber dem Islam immer hinter einer Mischung aus Euroskeptizismus und Souveränismus zurücktreten müsse; zum anderen aber auch Deutschland mit der Alternative für Deutschland (AfD), die er Anfang 2017 noch als zu ideologisch ungefestigt ansieht (2017: 1193): „The party remains more unsettled and internally divided than the parties I consider, so any overall characterization must be tentative.“ Zumindest für den zweiten Fall kann diese initiale Zurückhaltung inzwischen wohl aus guten Gründen revidiert werden.

ein. Dieser Fokus auf den Islam als ideologischen Fixpunkt: Das ist der zweite Entwicklungsstrang.

3. Homozivilisationistische Emergenzen

Die Bedeutung desselben für die politische Praxis ist keineswegs zu unterschätzen. Um kulturalistische Forderungen erfolgreich an eine verunsicherte Wählerschaft heranzutragen und den vermeintlichen Gegensatz von Islam und Moderne glaubwürdig herauszuarbeiten, kann es nach Brubaker für Rechtspopulist*innen nämlich sinnvoll (wenn nicht gar notwendig) sein, wesentliche Strukturelemente dieser Moderne aufzugreifen und den eigenen Abendlandbegriff mit mehrheitsgesellschaftlich kompatiblen Inhalten auszufüllen: „a secular posture, a philosemitic stance, and an ostensibly liberal defence of gender equality, gay rights, and freedom of speech“ (Brubaker 2017: 1193). In der Folge kommt es vor, dass selbst überzeugte Antisemit*innen und Antifeminist*innen gegen Judenfeindlichkeit und für Frauenrechte einzutreten bereit sind, solange die Übeltäte nur zwischen Rabat und Brunei oder wenigstens in den islamischen Gemeinden Europas zu finden sind. Führt man nun aber beide Entwicklungsstränge zusammen, die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz von Homosexualität und die ebenso zunehmende Bereitschaft von Rechtspopulist*innen, sich in ihrem – im Wortsinne – Kulturkampf einer liberalen und inklusiven Identitätshülle zu bedienen, so ergibt sich eine interessante Variation dessen, was Jasbir Puar (2007; 2013) schon vor über einem Jahrzehnt unter dem Reiz- und Schlagwort *homonationalism* subsumiert hat: Die gezielte Inkorporation des als sexuell anders markierten Subjekts in das Wertzuschreibungsgefüge der Staatsmaschinerie mit dem Ziel, es einerseits politisch zu domestizieren und andererseits in eine von Schutznarrativen (vgl. u. a. Bracke 2012; Jungar/Peltonen 2015) flankierte Oppositionsstellung zu dem als Bedrohungsträger identifizierten und als kulturfremd gekennzeichneten religiösen Anderen zu stellen.

Für die US-Amerikanerin Puar, die aus dem Blickwinkel der 2000er-Jahre schreibt, stellen hier wenig überraschend die Anschläge vom 11. September 2001 den zentralen analytischen Ausgangspunkt dar. Ihr geht es vorrangig um die Identitätstransformationen, die Integrations- und Abgrenzungslogiken und das auf dem *war against terror* wie auch dem Marktprimat gegründete Selbstverständnis einer Weltmacht im Umbruch.¹¹ In diesem zeit-historischen Moment gerät die wohlwollende Duldung sexueller Vielfalt zum Indikator „by which the right to and capacity of national sovereignty is evaluated“ (Puar 2013: 336) und damit zum wertvollen Instrument für die Legitimation eigener Hegemoniebestrebungen; das engagierte Eintreten für Minderheitenrechte zur Girlande im Festschmuck interventionistischer Begehrlichkeiten und imperialer Projekte; und die neugewonnene Stellung des queeren Subjekts als Träger*in von Freiheitsrechten zum bedenklichen Ausweis einer graduellen Inklusion in Kontrollregime „of racialized surveillance, detention, and deportation“ (ebd.). Puar versteht *homonationalism* in diesem Sinne mehr als Gegenwartsstruktur und weniger als politisches Programm. Sie schreibt von Biomacht und Körperlichkeit, von Neoliberalismus und Territorialisierung – ungeachtet der Tatsache, dass diese Elemente in der an sie an-

11 Pointiert dazu Rahul Raos Verweis auf homonationalistische Argumentationsformen in der Post-9/11-USA: „[Y]ou are against the terrorists; the terrorists are against gays; therefore, you ought to be with gays“ (2015: 364).

schließenden Begriffsadaption weitgehend vernachlässigt werden, auch und gerade zugunsten des Abbaus etwaiger akademischer Aneignungshürden (vgl. zusammenfassend Winer/Bolzendahl 2021). Was letztlich bleibt ist vor allem die Vorstellung eines in der Figur des *Terroristen* versinnbildlichten und als *Freiheitsfeind* auftretenden Islam, gegenüber dem sich die in die Defensive gedrängte Nation behaupten muss und durch die selektive Ausweitung von Zugehörigkeitskategorien auch kann.¹²

Für die Populist*innen Europas, eines Kontinentes, der anders als die vom 9/11-Trauma überwältigten USA auf eine jahrhundertlange Geschichte an Reibung und Austausch mit der islamischen Welt zurückblicken kann, stellen sich die Verhältnisse schon strukturell anders dar. Das Bestreben, „[to] civilizationize and religionize what is social, economic, and political in origin“ (Kaya/Tecmen 2019: 61) ist hier nicht auf ein Schlüsselereignis zurückzuführen, sondern stützt sich auf ein Fundament aus Modernisierungszwängen und fortdauernder Reibung mit den vermeintlich kulturellen Eigenheiten muslimischer Diasporagemeinden, die inzwischen um ein öffentlichkeitswirksames Konvertitentum ergänzt wurden. Zwar werden auch in der paneuropäischen Debatte dem medial kuratierten¹³ Tropus vom regressiv-anti-modernen Islam queere Körper gegenübergestellt, in deren fleischliche Textur ein Anspruch auf moralische Superiorität einzuprägen ist (vgl. Dhawan 2013), doch geschieht dies zum einen vor dem Hintergrund einer abendländisch-aufklärerischen Selbstverortung und zum anderen mit einem Blick, der mehr nach *innen* als nach *außen* geht. Nicht der *Terrorist* oder der *Fanatiker* als Verkörperung einer widerständigen Weltperipherie stehen hier im Zentrum, sondern der *muslimische Immigrant*, der immer präsent und nie präsentabel ist; nicht um Normenexport in die Fremde geht es der islamfeindlichen Rechten Europas, sondern um Normensicherung auf heimischem Boden – „damit aus Europa kein *Eurabien* wird“, wie es etwa auf einem mit einer aufreizend orientalistischen Szenerie werbenden AfD-Plakat heißt (vgl. dazu Simpson 2020). Bedenkt man die Analyse Brubakers zur rechtspopulistischen Anti-Islam-Konvergenz, dann mag es ratsam erscheinen, anstelle von Puar auf den nationalstaatlichen Rahmen gestützten und nur begrenzt auf hiesige Verhältnisse übertragbaren Homonationalismus von einem populistisch unterfütterten, unter der Flagge paneuropäischer Werte auftretenden *Homozivilisationismus* zu sprechen. Mithin also von einer ideologischen Struktur, die das schwule oder lesbische Subjekt nicht in einen mehrheitsgesellschaftlich-nationalen oder global-imperialen, sondern in einen explizit rechtspopulistisch-zivilisatorisch geprägten Anerkennungskontext stellt, der freilich in seinem Ausformungsgrad variieren kann. Denn auch dieser Kontext bleibt in gewisser Weise auf die Nation angewiesen, nicht als Referenzobjekt, aber zumindest als räumliches Gefäß, das die ihm zugrundeliegenden „partial, fragmentary, uneven formations“ (Puar 2007: 10) spezifiziert und vor der Hintergrundfolie nationaler Politiken modalisiert.

12 Es sei angemerkt, dass Puar (2013: 337) selbst entsprechende Reakzentuierungen und Adaptionen ihres Konzeptes mit einigem Unbehagen aufgenommen hat. So hält sie explizit fest, Homonationalismus sei „not a synonym for gay racism, or another way to mark how gay and lesbian identities became available to conservative political imaginaries; it is not another identity politics [but] a facet of modernity and a historical shift marked by the entrance of (some) homosexual bodies as worthy of the protection by nation-states“.

13 Vgl. etwa Neufeld/Wiedlack 2018 zur medialen Auseinandersetzung um die Kunstfigur *Conchita Wurst* (die den Gegensatz von russischer und damit gewissermaßen orientalisierter Homophobie und westlicher Liberalität verkörpert). Ferner als länderspezifische Fallstudien: Jungar/Peltonen 2017 zu afrikanischer Homophobie in der schwedischen Presse und Dhoest 2020 zu muslimischer Homophobie in der flämischen Presse.

4. Schattierungen entlang der Kompassnadel

Ersichtlich wird diese Variation bei einem genaueren Blick auf die Programmatiken und Politiken europäischer Rechtspopulist*innen, die sich ihrer Ausrichtung nach grob in drei geographisch abgrenzbare Cluster unterteilen lassen.¹⁴ Zunächst sind da die populistischen Kräfte Ost- und Südosteuropas, die in ihrer Mehrzahl einen *repressiv-traditionalistischen* Kurs vertreten. Beispiele von Bedeutung lassen sich unter anderem in Polen¹⁵ und Ungarn finden, wo politische Angriffe gegen sexuelle Minderheiten auch jenseits des im engeren Sinne rechten Lagers gängige Wahlkampfmanöver darstellen. So polemisierte etwa der polnische Staatspräsident Andrzej Duda im Rahmen seiner im Juli 2020 erfolgten Wiederwahl gegen die *LGBTQ* Community*, sprach von ihr als einer destruktiven Ideologie(sic!) in der Nachfolge des Sowjetsozialismus und unterzeichnete eine Verfassungsänderung, nach der gleichgeschlechtliche Paare von der gemeinschaftlichen Kindsadoption ausgeschlossen sind. Bloße Symbolpolitik, könnte man meinen, aber eben Symbolpolitik, die mit einem hohen Grad an medienwirksamer Intransigenz und einer nicht unpopulären Form offener Modernisierungsabwehr einhergeht. Denn nicht nur in Polen, sondern in der gesamten Großregion stößt unverstellte Homofeindlichkeit, von einigen liberal-säkularen Großstadtmilieus abgesehen, noch immer auf das kaum verhohlene Wohlwollen großer Teile des *Demos* (vgl. Bolzendahl/Gracheva 2018).¹⁶ So wie das Aufwerfen von unbequemen Geschlechterfragen und -problematiken als gesellschaftskontaminierend angesehen wird (vgl. u. a. Graff 2014; Graff/Korolczuk 2017; Krizsan/Roggebrand 2018), so gelten auch LGBTQ*-Rechte seit Sowjetzeiten (vgl. Janos 2001) vielfach als moralisch korrosiver Westimport und einzudämmende Bedrohung für das nationale Wertgefüge (vgl. beispielhaft für Polen: Kulpa 2020). Auch deshalb ist es nicht weiter überraschend, dass bis zum Sommer 2021 nicht ein einziger ost- oder südosteuropäischer Staat die Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet hat und nur eine Handvoll (Griechenland, Slowenien, Kroatien, Ungarn und die Tschechische Republik) mit der eingetragenen Partnerschaft überhaupt einen rechtsgültigen Anerkennungstitel kennen.¹⁷ Auf der homozivilisationistischen Landkarte stellen die genannten Staaten daher weiße Flecken dar, analytisches Ödland, für das sich ob der allzu einhelligen Gegnerschaft rechtspopulistischer Akteur*innen eine weitere Betrachtung weitestgehend erübrigt.

14 Für Westeuropa haben Niels Spierings und Andrej Zaslove schon 2015 in Bezug auf das weiter gefasste Feld der Geschlechtspolitik auf eine Zweiteilung in *moderately traditional* und *neo-traditional* hingewiesen.

15 Vgl. hierzu auch die sehr empfehlenswerte Fallstudie von Jennifer Ramme 2020.

16 In diesem Sinne gilt noch immer Roman Kuhars (2013: 2 f.) Verweis auf eine wesentliche innereuropäische Trennlinie im Umgang mit Homosexualität zwischen Ost und West. Hier setzt man bewusst auf Inklusion in die Kollektividentität; dort gründet selbige auf einem Fundament der Abgrenzung und Abwehr: „It seems that in Europe, where walls and borders are being notoriously erased, new walls are being built. These are the walls of homonationalism in the West and of old-fashioned ‘heteronationalism’ in the East [...]. Unlike the situation in the West, where gay and lesbian rights are being *abused* for the exclusion of the Others, in the East, gay and lesbians – and particularly the homosexual body – *are* the Others.“

17 In die gleiche Gruppe fiel auch Italien, in sexualpolitischer Hinsicht das konservativste Land Westeuropas und (neben einigen Kleinstaaten) auch das einzige, das sich der eherechtlichen Gleichstellung für Schwule und Lesben bis heute verweigert. Es mag am Einfluss katholischer Kreise liegen oder an strategischen Erwägungen, doch orientiert sich insbesondere die von Matteo Salvini geführte rechtspopulistische Lega stark an familistisch-paternalistischen Politiken, die keinen Platz für Identitäten außerhalb der tradierten heterosexuellen Ehenorm lassen. Anlässlich des 13. *World Congress of Families*, einer von einer christlich-konservativen *pressure group* gleichen Namens organisierten Veranstaltung, trat neben Salvini auch der prominente Lega-Politiker und damalige Familienminister Lorenzo Fontana als Redner auf. Derselbe hatte bereits zuvor mehrfach die Existenz queerer Familien bestritten (vgl. zu diesen und weiteren rezenten Entwicklungen Donà 2020).

Deutlich interessanter wird es, sobald man den Blick dorthin wendet, wo sexuelle Vielfalt schon länger politisch nutzbar gemacht wird und sich die nahezu einmütige Ablehnungsfront des vormaligen Ostblocks in ihr Gegenteil verkehrt. Als zweites Cluster sind in dieser Hinsicht die rechtspopulistischen Kräfte der Niederlande und Skandinaviens hervorzuheben, die in sexualpolitischen Fragen zumeist *liberal-affirmativ* und betont aufgeschlossen auftreten. Prominente Rechtsparteien wie die Fremskrittspartiet (FrP) in Norwegen oder die Sverigedemokraterna (SD) in Schweden (vgl. zu nachgenannter u. a. Elgenius/Rydgren 2019) und ihre Verbündeten haben sich nicht nur mit der Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare im Zivilrecht arrangiert, sondern bedienen sich mitunter gar queerer Emanzipationssymbolik zur politischen Provokation. So etwa im Sommer 2016, als der rechtspopulistische Publizist Jan Sjunneson unter Polizeischutz eine selbstorganisierte Pride-Parade, den „Pride Järva“, durch Stockholms Vorort Rinkeby führte (vgl. Kehl 2018). Das Ziel der Aktion war so eindeutig wie emblematisch: Die mehrheitlich migrantischstämmige (und damit implizit als muslimisch markierte) Wohnbevölkerung der urbanen Peripherie zu einem ausdrucksstarken Zeichen der Abneigung, der Feindschaft, womöglich auch der offenen Aggression zu verleiten, das zur Untermauerung der populistischen Kernbotschaft geeignet wäre. ‚Seht genau hin‘, wäre diese Botschaft gewesen, ‚hier leben sie, die wirklichen Schwulenfeinde im Land. Hier hat das politische Establishment sie versammelt und damit wissentlich die Werte und Prinzipien der Aufklärung verraten‘. Auch wenn Sjunnesons Plan nicht den erhofften Erfolg zeitigte, zeigt sich in seinem Spiel mit der Symbolik politischer und sexueller Widerspenstigkeit doch, wie vertraut das sexualprogressive Terrain mancherorts bereits denjenigen geworden ist, die es anderswo noch immer leidenschaftlich bekämpfen.

Man könnte an dieser Stelle freilich argumentieren, dass Schweden eine gewisse Ausnahmestellung zukommt, sind doch Geschlechtergleichheit und Antidiskriminierung seit jeher „important parts of discourses on nationhood in Sweden“ (ebd.: 679) und daher konstitutive Merkmale einer politisch ausgehandelten *Swedishness*. Doch finden sich die gleichen Muster auch in den Niederlanden, wo mit dem 2002 von einem Tierrechtsaktivisten ermordeten Pim Fortuyn¹⁸ gar ein schwuler und mit seiner Sexualität offen kokettierender Politiker am Urgrund der populistischen Volte steht: Unvergessen sein augenzwinkernd-ironischer Ausspruch, er hasse keine ‚Araber‘, wie könne er auch, wo er doch so gerne mit ihnen schlafe (vgl. Kolbert 2002)? Diese geradezu ostentativ liberale Attitüde hat die politische Marke Fortuyn nicht nur überlebt, sondern ist über die Jahre hinweg zum Gemeingut großer Teile der niederländischen Rechten avanciert. Auch im etabliert-populistischen Camp ist sie zu finden, namentlich bei Geert Wilders und seiner PVV, die sich in der Vergangenheit wiederholt als „fierce defender of gay emancipation“ (Vossen 2011: 187; vgl. auch 2010; de Lange/Mügge 2015) gegenüber dem Schreckgespenst eines Schariaprimats positioniert hat und trotz einzelner kulturkonservativer Elemente (vgl. van Kessel 2015) zu den sexualpolitisch liberalsten populistischen Parteien Europas gehört.¹⁹ Sowohl Kernskandinavien als auch die Niederlande

18 Vgl. zu Fortuyns *liberal populism* auch Akkerman (2005) sowie zur Bedeutung und politischen Performanz seiner eigenen Homosexualität van der Veer (2006).

19 In den letzten Jahren hat sich mit dem Forum voor Democratie (FvD) noch eine weitere rechtspopulistische Kraft neben der PVV herausgebildet, deren Frontmann Thierry Baudet eine ambivalenter Einstellung zu Homosexualität vertritt und enge Kontakte zur LGBTQ*-feindlichen christlichen Rechten pflegt. Stand August 2021 ist das FvD jedoch nur mit fünf Abgeordneten im niederländischen Unterhaus vertreten und damit nicht einmal annähernd so stark wie die PVV, die auf siebzehn Sitze kommt.

sind insofern *terrae*, in denen die populistische Inkulturation von sexueller Vielfalt nur noch höchst selten für tiefergehende Irritationsmomente sorgt.²⁰

Zwischen diesen beiden Extrempositionen, kompromisslose Ablehnung auf der einen, instrumentalisierende Inanspruchnahme auf der anderen Seite, eröffnet sich ein weiter sexualpolitischer *middle ground*, der beispielsweise von der AfD (vgl. u. a. Lang 2017; Wildt 2017) in Deutschland und dem RN in Frankreich eingenommen wird. Beide versuchen sich an einer *hybriden* Programmatik, bei der zwar allzu augenfällige Homophobie vermieden wird, zugleich aber über familienpolitische Rekurse auf das anzustrebende Ideal der bürgerlichen Kernfamilie ein Hierarchieimperativ und damit ein sehr plastischer Unterschied in Sachen Aufmerksamkeitswertigkeit etabliert wird. In der politischen Sprache wird das dann gerne dergestalt ausgedrückt, dass man Queerness und andere sexuelle Abweichungen von der Norm zwar *toleriere*, aber deshalb noch lange nicht als gleichberechtigt anerkenne und affirmiere beziehungsweise *akzeptiere*. Man mag diese Formel für reichlich verkopft halten, doch repräsentiert sie im rechtspopulistischen Rationalitätenkalkül eine durchaus gewichtige Differenzoption: Nicht *gegen Schwule* zu sein, bedingt nicht zwangsläufig, *für Schwule* sein zu müssen.²¹ Gerade diese ihrem Wesen nach limitierte Toleranz ist es, die durch die Kontrastierung mit einer angeblich blindwütigen muslimischen Homophobie spürbar aufgewertet wird. Bisweilen tritt sie sogar im Gestus des Verständigen und Ehrlich-Wohlgesinnten auf, denn da, wo progressive Kräfte mit leeren Versprechungen die Wahndee eines harmonischen Multikulturalismus aufrechterhielten und LGBTQ* massiv gefährdeten, träten Rechtspopulist*innen klar für den Schutz homosexueller Existenzweisen ein. Sie alleine wüssten, was am Ende wirklich von Belang sei – so auch der Argumentationsversuch der offen lesbischen AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel im Gespräch mit dem Rechtspublizisten David Berger:

„Alle anderen [...] arbeiten, bestimmt unbewusst, aber doch leider eindeutig gegen die Interessen von Schwulen und Lesben. [...] Die AfD ist die Partei, die für Recht und Ordnung und für die Bewahrung unserer freiheitlichen westlichen Kultur und Zivilisation steht. Und davon profitieren alle Bürger, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung“ (zitiert nach Berger 2017).

Besser also Toleranz im sicheren Rahmen einer stabilen und verlässlichen heteronormativ-konservativen Gesellschaftsordnung als weitergehende Akzeptanz in einer Welt, in der sich kein Staat mehr in der Lage sieht, diese Akzeptanz mit dem ihm zur Verfügung stehenden

20 Darauf, dass ein Zusammenhang zwischen den liberalen sexualpolitischen Politiken rechtspopulistischer Parteien in Nordeuropa und den Niederlanden und der auch innerhalb des zivilisationistischen Kontinuums erhöhten Bedeutung des Islams für diese Parteien besteht, hat Niels Spierings (2020) hingewiesen. Insbesondere die PVV ist eine aus persönlicher Animosität gegenüber der islamischen Welt gespeiste Einthemenpartei.

21 *Schwule* sind hier herauszustellen, weil die homozivilisationistische Imagination von sexueller Vielfalt in der Praxis recht häufig auf männliche Homosexualität reduziert wird: Der *Schwule* steht im Zentrum der Aufmerksamkeit, wohingegen *Lesben* und *Bisexuellen* oft wenig mehr als die Rolle bloßen Beiwerks zukommt. Die Gründe für diese Akzentuierung sind mannigfaltig. Zum Ersten mag es aus rechtspopulistisch-maskulinistischer Sicht beträchtlich einfacher fallen, Männer als politische und insofern politische Aufmerksamkeit verdienende Subjektkategorie anzuerkennen. Zum Zweiten kommt *Schwulen* in vielen Fällen auch innerhalb der LGBTQ*-Gemeinschaft der größte öffentliche Sichtbarkeitsgrad zu, was sie in der Folge in den Rang attraktiver *pars-pro-toto*-Repräsentanten erhebt. Zum Dritten sind es mann-männliche Sexualhandlungen, die weltweit einem besonders intensiven Verfolgungsdruck ausgesetzt und häufig exklusiv strafbewehrt sind – was Gelegenheit gibt, über die Figur des *Schwulen* den Kontrast zwischen eigener Toleranz und fremder Intoleranz möglichst sichtbar zu machen. Auf der anderen Seite ist *Schwulsein* freilich noch immer eine besonders beliebte Projektionsfläche für etwaige Grenzziehungen und Abwertungsbestrebungen. Als sich der (inzwischen aus der Partei ausgetretene) AfD-Politiker Uwe Junge zur UEFA Euro 2020 über das in Regenbogenfarben gehaltene Kapitänssamband der deutschen Nationalmannschaft mokierte, sprach er etwa keineswegs absichtslos von einer *Schwuchtelbinde*.

Handlungsinstrumentarium auch realiter durchzusetzen.²² Erwähnenswert ist hierbei, dass man sich auch dort, wo diese Gleichung weniger scharf formuliert ist, wo also die kühnsten Vorposten in der Toleranz-Akzeptanz-Debatte liegen, noch immer fast ausnahmslos auf zivilrechtlichem Terrain wiederfindet: Selbst hier wird Gleichstellung konzeptuell auf den Abbau von materiellen Diskriminierungen in Ehe- und Adoptionsfragen reduziert, die vertiefte Auseinandersetzung mit struktureller Ungleichheit dagegen diskursiv eingedampft oder als unwesentlich abgetan. Beispielhaft lässt sich diese Engführung etwa in der Debatte um sexuelle Vielfalt als bildungs- und sozialpolitisches Querschnittsthema ausmachen, in der von rechtspopulistischer Seite aus mithilfe des populären Kampfbegriffes *Frühsexualisierung* eine Art kindlicher Unschuld imaginiert wird, die es zu behüten und zu schützen gelte (vgl. u. a. Baader 2020; Schmincke 2020). Nun ist die gedankliche Zusammenführung von gleichgeschlechtlichem Begehren und einer vermeintlichen Korrumpierung der Jugend ein Sujet, das sich durch viele Jahrhunderte europäischer Geistesgeschichte zieht. Schon der zum Jakobiner gewandelte niederländische Edelmann Anacharsis Cloots bekannte in seinen *Écrits révolutionnaires* freimütig, dass er von Priestern in Brüssel erzogen worden sei, von Jesuiten in Mons und zuletzt im preußischen Militär in Berlin, „and I found Lesbos everywhere“ (zitiert nach Crompton 2003: 527). Was indes von Rechtspopulist*innen als Frühsexualisierung attackiert wird, hat wenig mit solcher Chuzpe gemein; hier geht es ausschließlich darum, Grundkenntnisse zur Vielgestaltigkeit menschlicher Sexualität in bestehende Lehrpläne zu integrieren und damit gerade auch der Lebenswirklichkeit Heranwachsender angemessen Rechnung zu tragen. Diesen Umstand ignorierend stoßen in dieser Causa auch die überzeugtesten Kämpfer*innen gegen den Islam an die Grenze dessen, wohinter mutmaßlich Kulturbruch, Degeneration und unvermeidlicher Zivilisationsverfall lauern.

Um diese europäische *Tour d'Horizon* zu komplementieren und zumindest explorativ in einen noch weitergefassten Kulturkontext zu stellen, bietet sich ein abschließender Verweis auf die Situation jenseits des Atlantiks an, wo die bis Januar 2021 im Amt befindliche Trump-Administration mit einer besonders erratischen Fusion homozivilisationistischer Versatzstücke auf sich aufmerksam gemacht hat, überstrahlt von den häufig wechselnden Befindlichkeiten ihres Namensgebers. Dieser sah offenbar keinen wirklichen Widerspruch darin, einerseits Gleichstellungsgegner*innen in hohe Richterämter zu bringen oder Trans*personen per Tweet vom Dienst bei den Streitkräften auszuschließen, andererseits aber als erster republikanischer Präsidentschaftskandidat überhaupt mit Regenbogenflagge auf dem eigenen Nominierungsparteitag zu posieren, Wahlkampf-Guerillaaktionen wie die *Twinks for Trump* des schwulen Lucian Wintrichs in die eigenen Kampagnenstrukturen zu integrieren (vgl. dazu auch Hatfield 2018) oder eine vom ebenfalls schwulen Richard Grenell geleitete Diplomatie-Offensive zur weltweiten Entkriminalisierung von Homosexualität in die Wege zu leiten. Dass der Mann aus Queens überdies trotz zahlreicher Revisionsforderungen religiöser Eiferer sowohl das wegweisende Supreme-Court-Urteil *Obergefell v. Hodges* (2015) als auch den zwei Jahre zuvor ergangenen Beschluss *United States v. Windsor* (2013) schon zu Beginn seiner Amtszeit als *settled law*²³ klassifizierte, mag durchaus als innerrepublikanische Prioritäten-

22 In Skandinavien münzt man dieses Schutzversprechen bereits in konkrete Forderungen um. So hat sich nach Benjamin Moffitt etwa die dänische Dansk Folkeparti (DF) dafür ausgesprochen, die Polizei zu gezielten Aktionen gegen „groups that may exhibit despicable intolerance against homosexuals“ (2017: 115) anzuhalten; eine nur wenig verhüllte Aufforderung zu explizit anti-islamischer Polizeipolitik.

23 Ähnliches scheint auch für die Entscheidung in *Bostock v. Clayton County, Georgia* (2020) zu gelten, die vom Supreme Court in Verbindung mit *Altitude Express, Inc. v. Zarda* und *R.G. & G.R. Harris Funeral Homes Inc. v. Equal Employment Opportunity Commission* getroffen wurde und den Diskriminierungsschutz des Civil Rights

wende und partielle Ablösung des Evangelikalismus der Bush-Jahre durch einen säkular akzentuierten Nativismus interpretiert werden.²⁴ In jedem Fall gehört er damit zu den Vorreitern einer stilistischen Reinterpretation rechtspopulistischer Semantiken, was etwa Julie Moreau (2018) dazu verleitet hat, ihn als politischen Zwitter zu bezeichnen, als Protagonisten eines permanenten und letztendlich unauflösbar scheinenden Widerspruches „between the Trump administration’s political homophobia and candidate Trump’s homoprotectionist rhetoric“ (ebd.: 638; vgl. auch Lind/Keating 2013).

5. Zukunftsprojekt Homozivilisationismus?

Mit oder ohne transatlantische Erweiterung veranschaulichen die skizzierten Entwicklungen das, was man in der Biologie als *Dimorphismus* bezeichnet: Das Auftreten zweier distinkter Erscheinungsformen innerhalb derselben Art, seien sie nun nach Größe, Farbe, Form, oder im Fall der *animalia* nach Verhaltensmustern zu unterscheiden. Im Reich der rechtspopulistischen Sexualpolitik ist lediglich das Klassifikationssystem ein anderes, denn statt gepunktet und gestreift begegnen uns hier konträre repressiv-traditionalistische und liberal-affirmative Ausprägungen, zwischen denen sich ein hybrides Mittelfeld aus mehr oder weniger kohärenten Zwischenformen auftut. Doch wie die Biologie kennt auch die Politik ein *survival of the fittest* in der Form eines allmählichen Ausscheidens nicht mehr tragfähiger oder vermittelbarer Positionierungen: So fielen etwa in Westeuropa Adelsprivilegien, Staatsreligion, ausschließliches Männerwahlrecht und Scheidungsverbot einer öffentlich-politischen Neubewertung zum Opfer und werden in unserer Zeit allenfalls noch von Satireparteien und ultrareaktionären Kleinbewegungen referenziert. Andere als überkommen wahrgenommene Politiken mögen folgen. In diesem Sinne stellt sich beinahe zwangsläufig die Frage, ob homozivilisationistische Neigungen in der Form einer über das Toleranzmoment herausgehenden Affirmation auch dort eine Zukunft haben können, wo sie bislang lediglich als schemenhaftes Abgrenzungsmoment zu erkennen sind. Mehr noch: Ist der Homozivilisationismus gar ein erwartbares rechtes Zukunftsprojekt, für das sich nicht die Frage nach dem *Ob*, sondern nur die nach dem *Wann* stellt? Könnte aus dem Dimorphismus auf absehbare Zeit also ein Monomorphismus werden?

Zumindest für die rechtspopulistischen Parteien Westeuropas scheint nicht wenig dafür zu sprechen. Zum einen weil Brubaker nach Lage der Dinge damit Recht behalten dürfte, dass dem Islam (als Imaginationscluster, nicht als materieller Entität) auch künftig die Rolle der zentralen Erregungs- und Mobilisierungsfigur in der rechtspopulistischen Weltanschauung zukommen wird; eine Rolle, die angesichts eines in den kommenden Dekaden zunehmenden

Acts von 1964 nachträglich auf die Merkmale sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität ausweitet. Zwar gab es regierungsseitige Bemühungen, die Geltungskraft des Urteils für Trans*personen einzuschränken, der Präsident selbst meinte aber: „They’ve ruled and we live with their decision“ (zitiert nach Samuels 2020).

24 Diese Infusion säkularer Elemente findet sich sowohl auf politischer wie auf stilistischer Ebene und manifestiert sich mithin in einer Sprache, die losgelöst ist von den „Scriptural citations and allusions that still adorned the rhetoric of recent Presidents, Republicans and Democrats alike, from Reagan to Obama“ (Gorski 2017: 348). Obschon der Evangelikalismus noch immer eine beachtliche Größe innerhalb der Republikanischen Partei darstellt, war *Make America Great Again* als ideologischer Fluchtpunkt der Trump-Administration doch beinahe irritierend areligiös.

muslimischen Bevölkerungsanteils noch weiter an Gewicht gewinnen dürfte.²⁵ Man mag sich hier an eine Passage bei Helmut Dubiel erinnern fühlen, in der die rechtspopulistische Agitation in Anlehnung an Leo Löwenthal als inverse Psychoanalyse beschrieben wird, deren Ziel es sei, „den Patienten nicht mündig werden zu lassen“ (1985: 646). Anstatt bestehende Zwänge und Neurosen abzumildern, trägt der*die Rechtspopulist*in in gewissermaßen noch zu ihrer Chronifizierung, ihrer Verstetigung bei gleichzeitiger Übersteigerung ins Wahnhaft-Irrationale bei. Aus ethischer Sicht dürfte ein solcher Ansatz mehr als bedenklich erscheinen, als politische Langzeitstrategie ist er aber ausgesprochen erfolgreich. So konnten unlängst Joost Berkhout und Didier Ruedin (2017) in ihrer Untersuchung zu *claims-making on migration* für den Zeitraum 1995 bis 2009 substantielle Zuwächse von *claims* über Muslim*innen in Belgien, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und der Schweiz feststellen und damit den schon länger bestehenden Befund einer Kulturalisierung der europäischen Diskurslandschaft empirisch validieren. Ein Befund, der im Übrigen mit der (parlamentarischen) Präsenz rechtspopulistischer Kräfte eng verknüpft zu sein scheint.

Zum anderen ist abseits aller inhaltlichen Kontinuitätsprognostik zu berücksichtigen, dass eine moderatere Haltung in sexualpolitischen Fragen der vielfach angestrebten Entdämonisierung²⁶ rechtspopulistischer Parteien weiter Vorschub leisten könnte. Frei vom Ballast einer längst an wesentlichen gesellschaftlichen Realitäten vorbeizielenden und zur Irritation verleitenden Sakralisierung von heterosexueller Zweiergemeinschaft und bürgerlicher Kernfamilie könnten diese Parteien nicht nur ihrer Eigenverortung²⁷ als freiheitlich gerecht werden, sondern perspektivisch auch ihren Wählerbestand weiter ausbauen.²⁸ Dies freilich unter der Annahme, dass das bisherige Stammklientel ein derartiges Vorhaben in ausreichender Zahl goutiert, dass also genug neue Wähler*innen gewonnen werden könnten, ohne allzu viele alte Wähler*innen zu verschrecken. Doch ist die Annahme, dass das rechtspopulistische Elektorat einen solchen Frontwechsel mitgehen würde, überhaupt realistisch? Hinweise darauf lassen sich durchaus finden; so halten zum Beispiel laut der eingangs angeführten Studie von Pew beachtliche 89 Prozent der SD-Sympathisant*innen²⁹, 76 Prozent der FN-Sympathisant*innen, 74 Prozent der AfD-Sympathisant*innen und 68 Prozent der Vox-Sympathisant*innen Homosexualität bereits heute für gesellschaftlich akzeptabel.³⁰ Alles Werte, die zwar konstant unter dem länderspezifischen Durchschnitt liegen, aber dennoch solide Mehrheiten abbilden

25 Gemeint ist hier *muslimisch* als ethnokulturelle und nicht als religiöse Zuschreibung. Aus wissenschaftlicher Sicht ist beides kritisch zu betrachten: die erste Variante aufgrund der summarischen Unterordnung kultureller Eigenheiten unter einen religiösen Oberbegriff, die zweite ob der damit verbundenen Pauschalaussage über die Religiosität und Identifikation von Menschen, für die gemeinhin keine *a-priori*-Hinweise vorliegen.

26 Der Begriff ist vor allem aus Frankreich bekannt und wird dort mit dem Imagewechsel des RN unter Marine Le Pen in Verbindung gebracht. Das dahinterstehende Prinzip geht auf den FN/RN-Strategen Bruno Mégret zurück, der entsprechend anregte: „In order to seduce, avoid scaring and creating rejection. In our soft and fearful society, excessive statements cause distrust“ (zitiert nach Möser 2020: 124). Das Originalzitat findet sich in Valérie Igounets Diskursstudie zum FN (2016: 167).

27 Sowohl die PVV als auch die FPÖ bezeichnen sich selbst als Freiheitsparteien (beziehungsweise im zweiten Fall als freiheitliche Partei). Analog dazu lässt sich die norwegische FrP mit Fortschrittspartei übersetzen.

28 Dies nicht zuletzt unter LGBTQ* selbst, von denen sich derzeit eine europaweite Mehrheit der Linken zugehörig fühlt und für entsprechende Parteien votiert (vgl. Turnbull-Dugarte 2020; 2022).

29 Als Sympathisant*innen gelten in diesem Kontext all jene, die einen *favorable view* auf die entsprechende Partei haben. Impliziert wird also weder eine Parteimitgliedschaft noch die letztendliche Wahl der Partei.

30 Es sei angemerkt, dass sich daraus weder ein umfängliches Affirmationsbekenntnis noch eine Haltung zu konkreten Sachfragen ablesen lässt; die aufgeführten Werte haben vor allem Trend- und Orientierungscharakter. Allerdings mag es auf der anderen Seite auch Wähler*innen geben, die zwar eine gegenteilige Position beziehen (Homosexualität also nach wie vor nicht für akzeptabel halten), dem Thema selbst aber nur geringe Bedeutung beimessen und in ihrer Wahlentscheidung hinter saliente Anti-Islam-Positionen zurückstellen.

und eine grenzüberschreitende Annäherungstendenz an die gesellschaftliche Mitte wenigstens nahelegen.³¹ Parallel dazu haben Autor*innen wie Niels Spierings, Marcel Lubbers und Andrej Zaslov (2017) schon länger ein beachtliches Reservoir an Wähler*innen ausgemacht, die eine liberale Haltung in sexualpolitischen Fragen mit klar migrations- und islamfeindlichen Positionen verbinden (noch entschiedener: Lancaster 2020), wobei Letztgenannte von mildem Unbehagen bis hin zu offenem Kulturchauvinismus reichen können. Wer mit derlei Haltungen liebäugelt, mit traditionellen Geschlechter- und Familienbildern aber nur wenig anzufangen weiß, für den könnte ein sexualpolitischer *shift* eine Wahl- und unter Umständen auch Bekenntnishürde beseitigen.

Für das nämliche Argument gibt es im Übrigen auch eine defensive Lesart, nach der sexualpolitische Anpassungsbemühungen nicht unter dem Vorzeichen der elektoralen Expansion, sondern der strategischen Notwendigkeit zu verstehen sind. Denn nicht anders als die Parteien der rechten Mitte (man denke an die britischen Conservatives oder die deutschen Unionsparteien)³² dürften sich auch rechtspopulistische Kräfte zunehmend die Frage stellen, wie zukunftssträftig es ist, weiter auf demografisch wie demoskopisch verlorenem Posten auszuharren. *Choose your battles wisely* rät der angelsächsische Volksmund; und in der Tat scheint es vorstellbar, dass in einer „Gesellschaft, in der liberale Werte wie Gleichheit und Freiheit von Diskriminierung als normative Grundlage des Zusammenlebens gelten“, künftig nicht nur die „öffentlich ausgesprochene Homofeindlichkeit verpönt“ (Wielowiejski 2018: 347) sein wird, sondern auch das Insistieren auf sexualrevisionistischen Positionskadavern. Ein offensiver Homozivilisationismus käme hier also dem sprichwörtlichen Abschneiden alter Politzöpfe gleich, einem Adaptionprozess, dessen Aufschub politisches Kapital kostet und die eigene Agendahoheit ins Wanken bringen kann. Denn wie es nicht umsonst bereits in den *Attischen Trinkliedern* aus dem *Gelehrtenmahl* des Athenaios von Naukratis anklingt: „Schon vom Gestade heißt es, den Kurs erschauen / Dann wenn du es noch kannst und in der Hand hast / Bist du erst auf der hohen See / Musst du laufen, so wie es kommt“ (1985: 423).

Richtig ist natürlich, dass all diese Überlegungen einen gewissen Pragmatismus unterstellen, doch richtig ist auch, dass Populist*innen weitaus häufiger Pragmatiker*innen sind als gemeinhin angenommen, wie auch der Rechtspopulismus kontinentaleuropäischer Prägung eine durchaus pragmatische (weil in erster Linie auf emotionales und perzeptives Kalkül bedachte) Politikform sein kann. Und kaum etwas kennzeichnet den*die Pragmatiker*in bekanntlicher Weise mehr, als die Zeichen der Zeit zu erkennen – *tempus edax rerum* – und eine gesunde Einsicht in die Unausweichlichkeit gewisser Umstände zu pflegen. Das bedeutet selbstredend nicht, dass es sich dabei um einen Prozess handelt, der ohne Widersprüche, Positionsrupturen und gegenläufige Pendelausschläge auskommt. Auch ist es kein Prozess, der bei aller Anti-Islam-Synchronizität unter den diversen Rechtspopulist*innen West- und Mitteleuropas überall gleichförmig verlaufen muss; zu unterschiedlich sind die nationalen Kontextbedingungen und der politisch-kulturelle Unterbau, aus dem sie erwachsen. Und doch scheint es einigen Grund zu der Annahme zu geben, dass unter den vielen Verkrustungen des kontemporären Rechtspopulismus ein relevantes sexualpolitisches Liberalisierungspotential verschüttet liegt, das indes, wie noch einmal betont werden soll, keinesfalls mit einem echten

31 Nicht so in Osteuropa, was auch an der größeren Religiosität der dortigen Bevölkerungen liegen mag (vgl. Grzymala-Busse 2015). So sind es zum Beispiel unter den Sympathisant*innen der PiS nur 36 Prozent.

32 In seiner vergleichenden Untersuchung des Abstimmungsverhaltens politischer Parteien zur eherechtlichen Gleichstellung kommt Achim Hildebrandt gar zu dem zunächst kontraintuitiven Ergebnis, dass „liberal and even Christian democratic parties expressed above-average support for the bills“ (2016: 419).

und ehrlichen Bemühen um sexuelle Vielfalt verwechselt werden darf. Als zivilisatorisch unterpolsterte Variante des homonationalistischen Vereinnahmungsprojekts stellen homoziivilisationistische Positionen jedenfalls eine Form der Anpassung an gesellschaftliche Makrotrends dar, mit der, allfälligen *backlashs* zum Trotz, in Zukunft wohl verstärkt zu rechnen sein wird.

Literatur

- Akkerman, Tjitske, 2005: Anti-Immigration Parties and the Defence of Liberal Values: The Exceptional Case of the List Pim Fortuyn. In: *Journal of Political Ideologies* 10, 337–354.
- Athenaios von Naukratis, 1985: Das Gelehrtenmahl, aus dem Altgriechischen übersetzt, ausgewählt und kommentiert von Ursula und Kurt Treu, Leipzig.
- Ayoub, Phillip M., 2016: *When States Come Out: Europe's Sexual Minorities and the Politics of Visibility*, New York (NY).
- Baader, Meike Sophie, 2020: Neue Rechte – „Umerziehung“, „Genderideologie“ und „Frühsexualisierung“ – Kampfbegriffe in einem neuen Kulturkampf. Erziehungswissenschaftliche Themen im Fokus von Populismus und Neuer Rechter. In: Ulrich Binder / Jürgen Oelkers (Hg.), *Das Ende der politischen Ordnungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts*. Erziehungswissenschaftliche Beobachtungen, Wiesbaden, 129–154.
- Baudrillard, Jean, 1992: *Transparenz des Bösen: Ein Essay über extreme Phänomene*, Berlin.
- Berger, David, 2017: Alice Weidel: „Die AfD ist die einzige echte Schutzmacht für Schwule und Lesben in Deutschland“; <https://philosophia-perennis.com/2017/09/20/alice-weidel-interview/>, 20.09.2017.
- Berkhout, Joost / Ruedin, Didier, 2017: Why Religion? Immigrant Groups as Objects of Political Claims on Immigration and Civic Integration in Western Europe, 1995–2009. In: *Acta Politica* 52, 156–178.
- Bolzendahl, Catherine / Gracheva, Ksenia, 2018: Rejecting the West? Homonegative Attitudes and Political Orientations in Contemporary Eastern Europe. In: *European Journal of Politics and Gender* 1, 345–366.
- Bracke, Sarah, 2012: From ‘Saving Women’ to ‘Saving Gays’: Rescue Narratives and Their Discontinuities. In: *European Journal of Women's Studies* 19, 237–252.
- Brubaker, Rogers, 2017: Between Nationalism and Civilizationism: The European Populist Movement in Comparative Perspective. In: *Ethnic and Racial Studies* 40, 1191–1226.
- Crompton, Louis, 2003: *Homosexuality and Civilization*, Cambridge (MA).
- Davis, Heather Fogg, 2018: Why the „Transgender“ Bathroom Controversy Should Make Us Rethink Sex-Segregated Public Bathrooms. In: *Politics, Groups, and Identities* 6, 199–216.
- Dhoest, Alexander, 2020: LGBTIs In, Muslims Out: Homonationalist Discourses and Counterdiscourses in the Flemish Press. In: *International Journal of Communication* 14, 155–175.
- De Lange, Sarah / Mügge, Liza, 2015: Gender and Right-Wing Populism in the Low Countries: Ideological Variations Across Parties and Time. In: *Patterns of Prejudice* 49, 61–80.
- Dhawan, Nikita, 2013: The Empire Prays Back: Religion, Secularity and Queer Critique. In: *Boundary* 240, 191–222.
- Dietze, Gabriele / Roth, Julia, 2020: Right-Wing Populism and Gender: A Preliminary Cartography of an Emergent Field of Research. In: Dies. (Hg.), *Right-Wing Populism and Gender: European Perspectives and Beyond*, Bielefeld, 7–22.

- Donà, Alessia, 2020: The Populist Italian Lega from Ethno-Regionalism to Radical Right-Wing Nationalism: Backsliding Gender-Equality Policies with a Little Help from the Anti-Gender Movement. In: *European Journal of Politics and Gender* 3, 161–163.
- Dubiel, Helmut, 1985: Das Gespenst des Populismus. In: *Merkur: Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 39, 639–651.
- Elgenius, Gabriella / Rydgren, Jens, 2019: Frames of Nostalgia and Belonging: The Resurgence of Ethno-Nationalism in Sweden. In: *European Societies* 21, 583–602.
- Fritzsche, Christopher / Lang, Julia, 2019: „Ein Papa, eine Mama, ganz einfach!“: Eine hegemonie-theoretische Analyse der Gegnerschaft zur „Ehe für alle“. In: *PROKLA* 49, 515–531.
- Gorski, Philip, 2017. Why Evangelicals Voted for Trump: A Critical Cultural Sociology. In: *American Journal of Cultural Sociology* 5, 338–354.
- Graff, Agnieszka, 2014: Report from the Gender Trenches: War Against ‘Genderism’ in Poland. In: *European Journal of Women’s Studies* 21, 431–442.
- Graff, Agnieszka / Korolczuk, Elżbieta, 2017: ‘Worse Than Communism and Nazism Put Together’: War on Gender in Poland. In: Roman Kuhar / David Paternotte (Hg.), *Anti-Gender Campaigns in Europe: Mobilizing Against Equality*, Lanham (MD), 175–193.
- Grzymala-Busse, Anna, 2015. *Nations Under God: How Churches Use Moral Authority to Influence Policy*, Princeton.
- Hatfield, Joe E., 2018: Toxic Identification: #Twinks4Trump and the Homonationalist Rearticulation of Queer Vernacular Rhetoric. In: *Communication, Culture & Critique* 11, 147–161.
- Hildebrandt, Achim, 2016: Who’s in Favour? Same-Sex Union Laws in Parliament. In: *The Journal of Legislative Studies* 22, 404–423.
- Hollar, Julie, 2020: Beyond Belief?: The Rapid Expansion of Same-Sex Marriage. In: Michael J. Bosia / Sandra M. McEvoy / Momin Rahman (Hg.), *The Oxford Handbook of Global LGBT and Sexual Diversity Politics*, Oxford, 315–330.
- Igounet, Valérie, 2016: *Les Français d’abord: Slogans et viralité du discours Front National (1972–2017)*, Paris.
- Janos, Andrew C., 2001: From Eastern Empire to Western Hegemony: East Central Europe under Two International Regimes. In: *East European Politics and Societies* 15, 221–249.
- Jungar, Katarina / Peltonen, Salla, 2015: ‘Saving Muslim Queer Women from Muslim Hetero-Patriarchy’. Savior Narratives in LGBTI Youth Work. In: *NORMA – International Journal for Masculinity Studies* 10, 136–149.
- Jungar, Katarina / Peltonen, Salla, 2017: Acts of Homonationalism: Mapping Africa in the Swedish Media. In: *Sexualities* 20, 715–737.
- Kaya, Ayhan / Tecmen, Ayşe, 2019: Europe Versus Islam?: Right-Wing Populist Discourse and the Construction of a Civilizational Identity. In: *The Review of Faith and International Affairs* 17, 49–64.
- Kehl, Katharina, 2018: ‘In Sweden, Girls Are Allowed to Kiss Girls, and Boys Are Allowed to Kiss Boys’: Pride Järva and the Inclusion of the ‘LGBT Other’ in Swedish Nationalist Discourses. In: *Sexualities* 21, 674–691.
- Kolbert, Elizabeth, 2002: Beyond Tolerance: What Did the Dutch See in Pim Fortuyn? In: *New Yorker* vom 09.09.2002.
- Kollmann, Kelly, 2013: *The Same-Sex Unions Revolution in Western Democracies*, Manchester.
- Krizsan, Andrea / Roggebrand, Conny, 2018. Towards a Conceptual Framework for Struggles Over Democracy in Backsliding States: Gender Equality Policy in Central Eastern Europe. In: *Politics and Governance* 6, 90–100.
- Kuhar, Roman, 2013: Introduction to the Issue: In the Name of Hate: Homophobia as a Value. In: *Southeastern Europe* 37, 1–16.
- Kulpa, Robert, 2020: National Menace: Mediating Homo/sexuality and Sovereignty in the Polish Nationalist Discourses. In: *Critical Discourse Studies* 17, 327–343.

- Lang, Juliane, 2017: Feindbild Feminismus. Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD. In: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden, 61–78.
- Lind, Amy / Keating, Christine, 2013: Navigating the Left Turn: Sexual Justice and the Citizen Revolution in Ecuador. In: *International Feminist Journal of Politics* 15, 515–533.
- Mayer, Stefanie / Šori, Iztok / Sauer, Birgit / Ajanović, Edma, 2018: Mann, Frau, Volk. Familienidylle, Heteronormativität und Femonationalismus im europäischen rechten Populismus. In: *Feministische Studien* 36, 269–285.
- Moffitt, Benjamin, 2017: Liberal Illiberalism? The Reshaping of the Contemporary Radical Right in Northern Europe. In: *Politics and Governance* 5, 112–122.
- Moreau, Julie, 2018: Trump in Transnational Perspective: Insights from Global LGBT Politics. In: *Politics & Gender* 14, 619–648.
- Möser, Cornelia, 2020: Sexual Politics as a Tool to ‘Un-Demonize’ Right-Wing Discourses in France. In: Gabriele Dietze / Julia Roth (Hg.), *Right-Wing Politics and Gender: European Perspectives and Beyond*, Bielefeld, 117–134.
- Neufeld, Masha / Wiedlack, Katharina, 2018: Wir sind Conchita, nicht Russland, oder: Homonationalismus auf gut Österreichisch. In: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 29, 153–175.
- Partij voor de Vrijheid, 2016: Preliminary Election Program PVV 2017-2021: The Netherlands Ours Again!; <https://www.geertwilders.nl/94-english/2007-preliminary-election-program-pvv-2017-2021>, 26.08.2016.
- Poushter, Jacob / Kent, Nicholas, 2020: The Global Divide on Homosexuality Persists; <https://www.pewresearch.org/global/2020/06/25/global-divide-on-homosexuality-persists/>, 25.06.2020.
- Puar, Jasbir, 2007: *Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times*, Durham (NC).
- Puar, Jasbir, 2013: Rethinking Homonationalism. In: *International Journal of Middle East Studies* 45, 336–339.
- Ramme, Jennifer, 2020: „O Mutter Polin, warne deinen Knaben!“ Zusammenhänge von Nation und Geschlecht am Beispiel rechter Sexualpolitik in Polen. In: Carina Book / Nikolai Huke / Norma Tiedemann / Olaf Tietje (Hg.), *Autoritärer Populismus*, Münster, 108–123.
- Rao, Rahul, 2015: Echoes of Imperialism in LGBT Activism. In: Kalypso Nicolaidis / Berny Sèbe / Gabrielle Maas (Hg.), *Echoes of Empire: Memory, Identity and Colonial Legacies*, London / New York (NY), 355–373.
- Samuels, Brett, 2020: Trumps Says ‘We Live’ with SCOTUS Decision on LGBTQ Worker Rights; <https://thehill.com/homenews/administration/502812-trump-says-we-live-with-scotus-decision-on-lgbtq-worker-rights>, 15.06.2020.
- Sauer, Birgit, 2017: Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotential der Kategorie Geschlecht. In: *Politische Vierteljahresschrift* 58, 3–22.
- Schaible, Jonas, 2017: Europas nationalistische Internationale; <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-04/populismus-nationalismus-europa-internationale-allianz>, 24.04.2017.
- Schmincke, Imke, 2020: Sexual Politics from the Right. Attacks on Gender, Sexual Diversity and Sex Education. In: Gabriele Dietze / Julia Roth (Hg.), *Right-Wing Populism and Gender: European Perspectives and Beyond*, Bielefeld, 59–73.
- Schnabel, Landon / Sevell, Eric, 2017: Should Mary and Jane Be Legal? Americans’ Attitudes Toward Marijuana and Same-Sex Marriage Legalization, 1988–2014. In: *Public Opinion Quarterly* 81, 157–172.
- Simpson, Patricia Anne, 2020: Gendered Identities and German Islamophobias. In: *Journal of Contemporary European Studies* 28, 57–69.
- Spierings, Niels, 2020: Why Gender and Sexuality are Both Trivial and Pivotal in Populist Radical Right Politics. In: Gabriele Dietze / Julia Roth (Hg.), *Right-Wing Populism and Gender: European Perspectives and Beyond*, Bielefeld, 41–58.

- Spierings, Niels / Lubbers, Marcel / Zaslove, Andrej, 2017: 'Sexually Modern Nativist Voters': Do They Exist and Do They Vote for the Populist Radical Right? In: *Gender and Education* 29, 216–237.
- Spierings, Niels / Zaslove, Andrej, 2015: Conclusion: Dividing the Populist Radical Right Between 'Liberal Nativism' and Traditional Conceptions of Gender. In: *Patterns of Prejudice* 49, 163–173.
- Twenge, Jean M. / Sherman, Ryne A. / Wells, Brooke A., 2016: Changes in American Adults' Reported Same-Sex Sexual Experiences and Attitudes, 1973–2014. In: *Archives of Sexual Behavior* 45, 1713–1730.
- Turnbull-Dugarte, Stuart J., 2020: The European Lavender Vote: Sexuality, Ideology and Vote Choice in Western Europe. In: *European Journal of Political Research* 59, 517–537.
- Turnbull-Dugarte, Stuart J., 2022: Who Wins the British Lavender Vote? (Mostly) Labour. In: *Politics, Groups & Identity* 10, 388–409.
- Van der Veer, Peter, 2006: Pim Fortuyn, Theo van Gogh, and the Politics of Tolerance in the Netherlands. In: *Public Culture* 18, 111–124.
- Van Kessel, Stijn, 2015: Right-Wing Populism in Contemporary Dutch Politics. In: Frank Decker / Bernd Henningsen / Kjetil Jakobsen (Hg.), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa*, Baden-Baden, 205–216.
- Vossen, Koen, 2010: Populism in the Netherlands after Fortuyn: Rita Verdonk and Geert Wilders Compared. In: *Perspectives on European Politics and Society* 11, 22–38.
- Vossen, Koen, 2011: Classifying Wilders: The Ideological Development of Geert Wilders and His Party for Freedom. In: *Politics* 31, 179–189.
- Wielowiejski, Patrick, 2018: Identitäre Schwule und bedrohliche Queers. Zum Verhältnis von Homonationalismus und Anti-/G/enderismus im Nationalkonservatismus. In: *Feministische Studien* 36, 347–356.
- Wildt, Michael, 2017: *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*, Hamburg.
- Winer, Canton / Bolzendahl, Catherine, 2021: Conceptualizing Homonationalism: (Re-)Formulation, Application, and Debates of Expansion. In: *Sociology Compass*, 15, e12853.